

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

(*) **Köln**, 15. Juli. Der Tätigkeitsausschuß für die Rheinprovinz ist zur Regelung einer wichtigen Frage mit den Oberpost- und Eisenbahndirektionen der Provinz in Verbindung getreten. Es hat sich gezeigt, daß die Kriegsbeschädigten in großem Umfange danach drängen, eine Stelle bei der Post oder der Eisenbahn zu erhalten, auch wenn sie ihren bisherigen Beruf, z. B. Handwerk oder Landwirtschaft recht gut fortsetzen könnten. So viele Stellen, wie sie solchen Wünschen von Kriegsbeschädigten entsprechen, sind bei der Post und der Eisenbahn gar nicht vorhanden; andererseits sind die vorhandenen derartigen Stellen in erster Linie denjenigen, die bereits bei diesen Behörden beschäftigt waren, vorbehalten und solchen, die vielleicht noch schwerer beschädigt sind, als die jetzt in Betracht kommenden. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine Vereinbarung, wonach Kriegsbeschädigte, die vor dem Kriege bei der Post oder Eisenbahn als Beamte, Angestellte oder Arbeiter tätig waren, soweit es irgend möglich ist, auch weiter bei den genannten Behörden beschäftigt werden. Wenn aber ein Kriegsbeschädigter, der bisher nicht bei der Post oder Eisenbahn beschäftigt war, sich unter Aufgabe des bisherigen Berufes um eine Stellung bei diesen Behörden bewirbt, so werden diese sich mit dem zuständigen Organ der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Verbindung setzen und eine Äußerung darüber herbeiführen, ob der Berufswechsel für den Bewerber notwendig oder wünschenswert ist. Das darauf erstattete Gutachten wird von den Post- und Eisenbahnbehörden nach Möglichkeit, und soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, berücksichtigt werden. Diesem Abkommen haben fast sämtliche Oberpost- und Eisenbahndirektionen schon zugestimmt, die Zustimmung der noch ausstehenden Stellen darf wohl erwartet werden. Es soll erstrebt werden, daß auch die anderen Staats- und Kommunalbehörden sich diesem Verfahren anschließen. In einer unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Horion hier abgehaltenen Sitzung des Tätigkeitsausschusses wurde noch mitgeteilt, daß jetzt überall in der Rheinprovinz örtliche Fürsorgestellen bestehen und daß sie, besonders in den großen Städten, in reichem Maße in Anspruch genommen werden. Allmählich sollen Spezialberufsberatungsstellen eingerichtet werden. Für Blinde ist bereits eine solche Beratungsstelle bei der Provinzial-Blindenanstalt in Düren und für Epileptiker eine solche bei der Provinzialanstalt Johannistal bei Süchteln in Tätigkeit. Eine landwirtschaftliche Berufsberatungsstelle ist in Bonn in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer und der Provinzialabteilung Rheinprovinz des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege eingerichtet. In Köln ist ferner eine Beratungsstelle für Handwerker mit der Gewerbeförderungsanstalt unter Leitung des Geh. Regierungsrats Romberg verbunden worden. Die ausgezeichnete Schrift des Bergrats Fleming in Saarbrücken: „Wie können Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte auch bei Verstümmelung ihr Los verbessern?“ wird in den Lazaretten und bei den Ortsausschüssen verbreitet werden. Der Minister des Innern hat einen aus Reichsmitteln stammenden Betrag von 170 000 Mark zur Deckung der Kosten der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz überwiesen.

(*) **Bochum**, 15. Juli. In einer Beratung von Vertretern der Behörden, Gemeinden und beruflichen Kreise des Bezirks machte Oberstabsarzt Prof. Dr. Bullstein, der leitende Arzt des Krankenhauses Bergmannsheil, Mitteilungen über eine Reise, die er im Auftrag des Kriegsministeriums zum Studium der Kriegsbeschädigtenfürsorge unternommen hat. Sehr warmes Lob zollte er den hervorragenden Einrichtungen, die auf diesem Gebiete das verbündete Österreich-Ungarn geschaffen hat. Auch dort werde das System der Zentralisierung durchgeführt. Es seien vier Zentralen eingerichtet worden, in Wien, Budapest, Graz und Prag. Musterhaftig nannte Professor Bullstein auch die Einrichtungen in Nürnberg, die unlängst vom Grafen Pofadowski und von Erzengel Freiherr v. Rheinbaben besucht worden seien. In Bochum wird für die Provinz Westfalen eine besondere Anstalt eingerichtet. Aus dem Bereich des VII. Armeekorps sollen alle Amputierten dem Krankenhause Bergmannsheil überwiesen werden, weil hier große Einrichtungen für die Anlegung künstlicher Gliedmaßen bestehen. In dem Riesensaale des Schützenhofs werden 16 bis 18 Werkstätten für Kriegsbeschädigte eingerichtet; die Werkstätten für Bäcker und Metzger sind sonst in der Stadt vorgesehen. Die Beschäftigung wird so geregelt werden, daß ein halber Tag der Arbeit, der andere halbe Tag dem Unterricht und der Erholung gewidmet wird. Dr. Pahl-Münster teilte mit, daß der westfälische Provinzialausschuß beschlossen habe, die Kosten für die berufliche Umschulung der Kriegsbeschädigten zu übernehmen; dabei seien auch die Krüppelheime, die Blindenanstalten und die große Unternehmung in Bochum einbegriffen. Die geringen Kosten für die berufliche Vorbildung in den Lazaretten sollen die Kreisräte übernehmen. Der Vorsitzende der Versammlung, Regierungsassessor Werther, stellte der Großindustrie das Zeugnis aus, daß sie schon jetzt nach Kräften bemüht sei, den Kriegsbeschädigten zum Wiedereintritt in den Beruf zu verhelfen. Die Mitarbeit von Vertretern der Berufsorganisationen und der Versicherungsträger in den Fürsorgeausschüssen wurde als sehr wünschenswert und zweckmäßig erklärt.